

## **P r o t o k o l l**

### **der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Jugend am 18. November 2013 im Bürgerschaftssaal des Rathauses**

#### **Öffentlicher Teil**

**Beginn: 18:00 Uhr**

**Ende: 20:45 Uhr**

#### **Teilnehmer**

Herr Marian Kummerow

Herr Erich Cymek

Herr Dr. Berndt Frisch

Frau Anne Lembke

Frau Anja Reuhl

Herr Jan-Ole Schulz

Herr Burghardt Siperko

Herr Hendrik Hauschild

i.V. für Herrn Bernd Uhlig

Herr Ingo Ziola

Herr Olaf Klotsch

Frau Carola Kühn

Herr Jost Aé

#### **Entschuldigt**

Herr Bernd Uhlig

#### **Verwaltung**

Herr Ulf Dembski, Dezernent Dez. III

Frau Ines Gömer, komm. Leiterin KiTa

Frau Katrin Teetz, Beteiligungsmanagement

Frau Angela Baas, Amt für Wirtschaft und Finanzen

Frau Anne-Kathrin Winkler, Amt für Wirtschaft und Finanzen

Herr Sebastian Sack, Amt für Jugend und Soziales  
Frau Monika Kindt, Behindertenbeauftragte  
Herr Ludwig-Andreas Klöckner , Amt für Jugend und Soziales

### Gäste

Frau Christiane Sitterlee, Seniorenbeirat  
Frau Christine Geisler, AWO Soziale Dienste  
Herr Bendt Jacobs, Kinderbeauftragter  
Herr Christian Radicke, Bürgerschaftsmitglied

### Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen und Anregungen von Kindern, Jugendlichen und Einwohnern
4. Stand der Abstimmungen und Planungen zur Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
  - 5.1. Grundsatzentscheidung zur künftigen Organisationsform der kommunalen Kindertageseinrichtungen (1) 05/1212  
*Dezernat III*
  - 5.2. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 192 - "Sanierungsgebiet Wieck" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014 05/1183  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.3. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 161 - "Sanierungsgebiet Innenstadt/Fleischervorstadt" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014 05/1184  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.4. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 162 - "Fleischervorstadt - Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf-SOS" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014 05/1185  
*Dez. II, Amt 60*

- 5.5. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 193 - "Schönwalde I - Stadtumbau Ost" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014  
*Dez. II, Amt 60* 05/1186
- 5.6. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 198 - "Schönwalde II - Stadtumbau Ost" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014  
*Dez. II, Amt 60* 05/1187
- 5.7. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 199 - "Schönwalde II - Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014  
*Dez. II, Amt 60* 05/1188
- 5.8. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 194 - "Ostseevierviertel Parkseite - Stadtumbau Ost" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014  
*Dez. II, Amt 60* 05/1189
- 5.9. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014 -1. Entwurf  
*Dez. I , Amt 20*
6. Informationen der Verwaltung
7. Informationen zum KUS
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder des Ausschusses
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Bestätigung des Protokolls vom 07.10.2013
11. Sitzungsende

*Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung*

Herr Kummerow begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 18 Uhr die Ausschusssitzung.

*Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung*

Auf Antrag von Herrn Radicke als Ausschussvorsitzender für Investitionen und Sanierung soll die Prioritätenliste aus der Arbeitsgruppe vor TOP 4 behandelt werden. Mit diesem Änderungsvorschlag lässt Herr Kummerow über die Tagesordnung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja**

---

*Zu TOP: 3. Fragen und Anregungen von Kindern, Jugendlichen und Einwohnern*

entfällt

---

Herr Radicke stellt die Prioritätenliste anhand von Tabellen vor. Dabei zeigt er zunächst die von der Verwaltung vorgeschlagenen Ausgangsliste und im Anschluss die vom politischen Raum erarbeitete Rangfolge. Dabei hatten alle 10 Ausschussmitglieder die Möglichkeit, die aufgeführten Maßnahmen mit einer Rangfolge zu bepunkten. Im Ergebnis kam eine Rangfolge mit Abweichungen von der ursprünglichen Rangfolge zustande. Diese Liste mit den 10 wichtigsten Vorhaben stellt die Arbeitsgrundlage für die Prioritätenliste dar, über die die Bürgerschaft im Dezember beschließen soll. (Die Listen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

*Zu TOP: 4. Stand der Abstimmungen und Planungen zur Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit*

Frau Felkl berichtet anhand einer Tabelle über den Stand der Abstimmungen und Planungen mit dem LK V-G auf dem Gebiet der Jugend- und Sozialarbeit. In den Haushalt sind dazu, wie auch im vergangenen Jahr, zunächst 200.000 € eingestellt. Diese Summe steht aber im Rahmen der Haushaltssicherung zur Disposition. Nach den bisher erfolgten Abstimmungen hat die Schulsozialarbeit, die Arbeit des Stadtjugendringes sowie die Arbeit im Stadtteiltreffpunkt „Schwalbe“ Priorität. Die Gesamtantragssumme beläuft sich wegen der externen Fördermöglichkeiten auf ca. 1 Mio. €, wobei sich der Anteil der Universitäts- und Hansestadt Greifswald auf ca. 190.000 € beziffert. Wenn die bisherige Förderung für Öffnung der Schulen, den Stadtjugendring, den Kinderschutzbund, De Käwer und die Stadtteilarbeit in Schönwalde II durch ISSA beibehalten würde, haben wir leider weiterhin die Situation, dass erneut alle anderen Vereine und Projekte, wie z. B. der Kinder- und Ferienverein und die Ausbildungsgemeinschaft Neubrandenburg nicht gefördert werden können, falls nicht der Landkreis einspringt. Selbst wenn die Bürgerschaft die geplanten 200.000 € bewilligen sollte, bleibt nur wenig Spielraum, um kleinere Projekte der Jugendarbeit zu fördern. Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Abstimmungen mit dem Landkreis bisher sehr positiv gelaufen sind.

---

Frau Reuhl erkundigt sich nach dem Sachstand bei der ESF-Finanzierung.

Frau Felkl bestätigt, dass es nach dem aktuellen Stand im Jahr 2014 noch die 50%- Förderung geben wird. Herr Sack gibt ergänzend die Information aus dem Sozialministerium weiter, dass sowohl die Schul- als auch die Jugendsozialarbeit 2014 mit 50% über ESF-Mittel gefördert werden soll. Wie es in den Jahren danach aussehen werde, kann derzeit nicht gesagt werden.

Herr Kummerow fragt nach, ob der gesetzliche Anspruch auf Jugendarbeit bei den Gesprächen mit dem Landkreis eine Rolle gespielt hat.

Frau Felkl erklärt, dass dieser Anspruch nicht im Vordergrund stand. Problematisiert wurden die nicht ausreichenden finanziellen Mittel und deshalb neue Prioritäten gesetzt, um überhaupt noch Projekte der Jugendarbeit anregen zu können.

---

*Zu TOP: 5. Diskussion von Beschlussvorlagen*

---

*Zu TOP: 5.1. Grundsatzentscheidung zur künftigen Organisationsform der kommunalen Kindertageseinrichtungen (1)*

Frau Felkl fasst mit einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage) den aktuellen Stand der Diskussion zu künftigen Organisationsformen der kommunalen Kita's zusammen und geht dabei insbesondere auf die Vor- und Nachteile der verschiedenen Rechtsformen ein. Sie stellt klar, dass aus Sicht der Verwaltung die Variante einer gemeinsamen GmbH mit der schon bestehenden Kita- GmbH in Schwerin bevorzugt wird. Letztendlich wird die Bürgerschaft darüber zu entscheiden haben, welche Organisations- und Rechtsform gewählt werden soll, um einerseits die Kita's im Wettbewerb mit den Freien Trägern wirtschaftlich erfolgreich zu betreiben und andererseits genügend Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten für die Stadt zu erhalten. Für Herrn Dr. Frisch stellt sich in erster Linie die Frage nach den Immobilien. Er sieht sich nicht in der Lage, eine Entscheidung zu treffen, bevor nicht der Umgang mit den Kita- Immobilien geklärt ist. Herr Aé teilt mit, dass die SPD-Fraktion eine eigene Beschlussvorlage erarbeitet hat. Er trägt diese Beschlussvorlage im Wortlaut vor. Ergänzend betont Herr Aé, dass für die SPD- Fraktion der Verwaltungsvorschlag einer gemeinsamen GmbH mit Schwerin vom Tisch ist. Er äußert sein Unverständnis darüber, dass der Investitions- und Sanierungsausschuss die Sanierung der Kita's auf der Prioritätenliste nach unten verschoben hat und fordert, dass die notwendigen Baumaßnahmen für die Kita's außerhalb dieser Liste geregelt werden müssen.

Herr Dembski stellt fest, dass bei der Variante Eigenbetrieb die Investitionskosten auf der Prioritätenliste bleiben würden.

Herr Kummerow teilt mit, dass es zwischen Fraktionen,

Bürgerschaftsmitgliedern und der WVG Gespräche gegeben hat, mit dem Ziel die Kita-Immobilien an diese städtische Gesellschaft zu übertragen. Er weist in diesem Zusammenhang auf das Know-how der WVG und die damit einher gehenden Synergieeffekte hin.

Frau Lembke möchte wissen, ob es seitens der WVG schon Zusagen zu der von Herrn Kummerow beschriebenen Variante gegeben hat.

Herr Kummerow betont, dass es natürlich noch keine verbindlichen Zusagen durch Herrn Adomeit gab, sondern nur die Bereitschaft, sich über grundlegende Fragen der Betreuung der Kita-Immobilien zu verständigen.

Frau Teetz weist darauf hin, dass die entsprechenden Entscheidungen nicht allein vom Geschäftsführer der WVG getroffen werden können, sondern der Aufsichtsrat und die Bürgerschaft zu beteiligen sind.

Ergänzend weist Frau Teetz darauf hin, dass bei getrennten Organisationsformen für Immobilienbewirtschaftung und Kita-Betrieb doppelter Gründungs- und Satzungsaufwand entstehen würde, der auch eine gewisse Zeit zur Vorbereitung braucht.

Herr Schulz weist unter Bezugnahme auf seine Vorredner darauf hin, dass auch für ihn die Frage der Immobilien den Knackpunkt darstellt. Er fordert die Verwaltung auf, die einzelnen vorgestellten Varianten mit genaueren Zahlen und Kostenrechnungen zu unterlegen, um eine verantwortungsvolle Entscheidung treffen zu können.

Herr Aè gibt zu bedenken, dass alle denkbaren Varianten – außer der Privatisierung – im Ergebnis für die Stadt Geld kosten. Wenn man sich aber darüber einig sei, dass eine Übertragung der Kita's in freie Trägerschaften ausscheide, müsse man sich darüber einigen, wie viel Geld die Universitäts- und Hansestadt Greifswald ausgeben will und kann.

Frau Felkl erinnert daran, dass für den Bau der Kita „Kleine Entdecker“ ca. 1,6 Mio. € zuzüglich Planungskosten ausgegeben wurden. Sie gehe daher von einem jährlichen Investitionsbedarf von ca. 2 Mio. € aus. Aus der bisherigen Diskussion ist ihr noch nicht klar geworden, welche konkreten Argumente gegen die von der Verwaltung favorisierte Lösung einer gemeinsamen GmbH mit Schwerin sprechen.

Herr Aè möchte von der Verwaltung ganz konkret wissen, wie die Zusammenarbeit mit der Schweriner Kita-GmbH ausgestaltet werden soll.

Herr Dembski macht deutlich, dass es aus seiner Sicht zunächst um eine Grundsatzentscheidung gehe, auf deren Basis man dann erst in ganz konkrete Verhandlungen mit Schwerin einsteigen könne. Wenn von Seiten der Bürgerschaft noch keine Grundsatzentscheidung vorliege, gibt es keine Legimitation für konkrete Verhandlungen. Durch eine Grundsatzentscheidung werde ja auch noch keine endgültige Entscheidung getroffen, sondern das Ergebnis der Verhandlungen würde dann der BS zur Entscheidung vorgelegt werden. Herr Dembski sieht auch nicht einen zwingenden Grund, vor der Entscheidung über die Betriebsform eine Entscheidung über die Immobilien zu treffen, da es bei jeder Betriebsform bezüglich der Immobilien prinzipiell Alternativen zum Umgang mit den Gebäuden geben kann.

Herr Cymek möchte wissen, mit welcher Variante man auf schnellstem

Wege die Kita's sanieren kann, um dann im Ergebnis auch die Elternbeiträge zu senken.

Frau Teetz antwortet, dass es für die kommunalen Kita's keinen langfristigen Investitions- und Sanierungsplan gibt, aus dem man die Kosten für die nächsten 10 Jahre ableiten kann. Frau Teetz geht davon aus, dass auch die WVG nicht kurzfristig einen Investitionsplan für einen Zeitraum von 10 Jahren erstellen kann, aus dem dann eine kostendeckende Miete abgeleitet werden kann.

Frau Reul fragt sich, was überhaupt der Wettbewerbsvorteil einer GmbH sein soll. Sie ist der Auffassung, dass die kommunalen Kita's einen ganz großen Wettbewerbsvorteil durch die Bindung an den TVöD haben. Nach ihrer Kenntnis haben Freie Träger zunehmend Probleme bei der Rekrutierung von qualifiziertem Personal, weil der öffentliche Träger einfach ein besseres Gehalt zahlen kann.

Herr Siperko weist darauf hin, dass ein Großteil der Kosten bei allen Organisations- und Rechtsformen im Wesentlichen gleich sei. Einen Vorteil anderer Rechtsformen sieht er nur in der Möglichkeit, schneller und flexibler reagieren zu können, da die Entscheidungsprozesse in der Kommune mit den unterschiedlichen Zuständigkeiten sehr lang und komplex sind. Nach seiner Kenntnis hat sich auch die Stadt Schwerin aus der Investitionsfinanzierung bis heute nicht zurückgezogen.

Frau Felkl betont nochmals, dass auch sie nicht davon ausgeht, dass mit einer neuen Rechtsform alle Probleme mit einem Schlag gelöst sind. Die Fähigkeit zu Investitionen wird immer von der finanziellen Leistungsfähigkeit des jeweiligen Betriebes abhängen. Sie erinnert an den politischen Konsens, in dem sich alle einig seien, die Kita's nicht zu privatisieren, obwohl diese Lösung aus rein finanzieller Sicht die einfachste und schnellste für die Stadt wäre.

Herr Kummerow äußert seine Bedenken über eine gute und enge Zusammenarbeit mit Schwerin schon wegen der großen geographischen Entfernung über 200 Kilometer. Er weist auf das große fachliche Potential bei den hiesigen Erzieherinnen und das große Engagement der Elternvertretungen hin.

In einer weiteren Diskussion wird kontrovers darüber gestritten, wie und in welcher Form und Reihenfolge über die Thematik abgestimmt werden soll.

Zunächst soll über den von Herrn Aé eingebrachten SPD-Antrag abgestimmt werden.

### **Abstimmungsergebnis: 2 x Ja, 9 x Nein, 0 x Enthaltung**

Herr Kummerow stellt den Antrag der Grünen zur Abstimmung. Der Antrag lautet sinngemäß: Über die Varianten 1 und 2 wird nicht abgestimmt, die Varianten 3 bis 5 sollen von der Verwaltung mit weiteren Zahlen insbesondere zu den Immobilien untersetzt werden.

### **Abstimmungsergebnis: 6 x Ja, 3 x Nein, 1 x Enthaltung**

[Um 20:00 Uhr verlassen die Zuschauer die Ausschusssitzung.]

*Zu TOP: 5.2. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 192 - "Sanierungsgebiet Wieck" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014*

Herr Kummerow schlägt vor, die TOP 5.2 bis 5.8 zusammenzufassen und auch gemeinsam abzustimmen.

Frau Baas erläutert die o. g. Haushaltssatzungen des Städtebaulichen Sondervermögens.

Herr Siperko fragt nach, wer oder was in der Satzung mit „Vergütung sonstiger Dritter“ gemeint ist. Darauf teilt Frau Bass mit, dass sich die Stadt für die Erfüllung von Aufgaben Dritter bedienen kann. Eine konkrete Benennung dieser Dritter kann nicht erfolgen.

Herr Siperko erklärt, dass er wegen möglicher Befangenheit nicht an dieser Abstimmung teilnehmen wird.

Herr Kummerow stellt die TOP 5.2 bis 5.8 zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: 5 x Ja, 0 x Nein, 5 x Enthaltung**

---

*Zu TOP: 5.3. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 161 - "Sanierungsgebiet Innenstadt/Fleischervorstadt" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014*

---

*Zu TOP: 5.4. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 162 - "Fleischervorstadt - Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf- SOS" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014*

---

*Zu TOP: 5.5. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 193 - "Schönwalde I - Stadtumbau Ost" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014*

---

*Zu TOP: 5.6. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 198 - "Schönwalde II - Stadtumbau Ost" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014*

---

*Zu TOP: 5.7. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 199 - "Schönwalde II - Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014*

---

Zu TOP: 5.8. *Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 194 - "Ostseevierviertel Parkseite - Stadtumbau Ost" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014*

---

Zu TOP: 5.9. *Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014 -1. Entwurf*

Frau Baas stellt die Vorlage vor und weist darauf hin, dass Maßnahmen zur Haushaltssicherung notwendig sind, da sonst eine Genehmigung des Gesamthaushalts durch das Innenministerium nicht zu erwarten ist. Auf die sog. „Streichliste“ hat die Verwaltung der Bürgerschaft Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung unterbreitet. Nicht alle freiwilligen Aufgaben sind in dieser Liste aufgeführt und auch nicht alle Vorschläge müssen umgesetzt werden, um das Sparziel zu erreichen. Die Vorschläge belaufen sich auf ca. 27 Mio. €, während sich der Konsolidierungsbedarf auf ca. 14,9 Mio. € beläuft. Die Bürgerschaft hat so die Möglichkeit, eigene Prioritäten zu setzen.

Herr Kummerow stellt fest, dass über das Haushaltssicherungskonzept jetzt noch nicht beraten werden kann.

Frau Felkl erläutert die Streichungsvorschläge im Einzelnen. Ergänzend weist Frau Baas nochmals darauf hin, dass heute nicht über die „Streichliste“ abgestimmt werden soll, sondern über die Haushaltssatzung 2014 als Ganzes. Über die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung hat die Bürgerschaft dann abzustimmen und kann natürlich auch noch ergänzende Maßnahmen beschließen, die jetzt noch nicht auf der Liste enthalten sind.

Herr Klotsch äußert sein Unverständnis darüber, dass bei einzelnen Punkten der Liste lediglich Reduzierungen vorgeschlagen wurden, bei anderen Punkten jedoch vollkommenen Streichungen. Er weist weiter darauf hin, dass bei durch ESF finanzierten Maßnahmen die Stadt nur 25 % aus eigenen Mitteln finanzieren muss, bei Streichung dieses Eigenanteils aber die Gesamtfinanzierung verloren ginge.

Herr Kummerow sieht den Ausschuss in der Pflicht, zu den einzelnen Maßnahmen Stellung zu beziehen, äußert aber Bedenken dagegen, diese Entscheidungen in der heutigen Sitzung zu treffen. Er schlägt daher vor, über eine Sondersitzung zur Haushaltskonsolidierung abzustimmen. Auch Herr Aé beantragt eine Sondersitzung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.**

Es erfolgt die Anstimmung über die Haushaltssatzung für 2014.

**Abstimmungsergebnis: 1 x Ja, 4 x Nein, 6 x Enthaltung**

Zu TOP: 6. *Informationen der Verwaltung*

entfällt

---

Zu TOP: 7. *Informationen zum KUS*

Frau Kind gibt aktuelle Informationen zum Kultur- und Sozialpass (siehe Anlage).

Frau Felkl schlägt vor, die Satzungsänderung in das nächste Jahr zu verschieben, um die Ergebnisse der Diskussion zur Haushaltskonsolidierung abzuwarten.

---

Zu TOP: 8. *Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder des Ausschusses*

Herr Klotsch appelliert eindringlich an alle Fraktionen, die vorgesehenen 200.000 € für die Jugend- und Sozialarbeit nicht zu streichen.

Frau Reuhl fragt, wie es mit der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten weiter gehen soll.

Frau Gömer nimmt weiterhin die Aufgaben als Beauftragte für Gleichstellung wahr. Der Bereich für die Betreuung und Unterstützung des Seniorenbeirates ist an Frau Kindt übertragen worden. Der Bereich für Familien wird weitgehend von Herrn Sack wahrgenommen.

Frau Felkl kann zum zweiten Teil der Frage keine Stellung nehmen, da diese Aufgabe dem Haupt- und Personalamt zugeordnet ist. Dieses kann ggf. schriftlich Stellung nehmen.

Frau Reuhl schlägt vor, dass Anfang nächsten Jahres die Beauftragten dem Ausschuss einen Tätigkeitsbericht abgeben.

---

Zu TOP: 9. *Informationen des Ausschussvorsitzenden*

entfällt

---

Zu TOP: 10. *Bestätigung des Protokolls vom 07.10.2013*

**Abstimmungsergebnis: 6 x Ja, 0 x Nein, 5 x Enthaltung**

---

Zu TOP: 11. *Sitzungsende*

Herr Kummerow beendet die Sitzung um 20:45 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen guten Nachhauseweg.

---

*Anmerkung:*

*Die zu den einzelnen TOP's aufgeführten Anlagen, werden auf Grund des Umfangs von Papierdrucken nur in das Ratsinformationssystem eingestellt.*

Marian Kummerow  
Ausschussvorsitzender

Ludwig- Andreas Klöckner  
Protokollant